

Die bizarre Welt der Frau Gu

Die Gattin des entmachteten hohen Funktionärs Bo Xilai soll sich nicht nur einen Mord, sondern danach auch wirre Auftritte in Uniform geleistet haben.

► **Zweifel am Geisteszustand der ehemaligen Anwältin.**

► **Gruppierungen kämpfen vor Parteitag um die Macht.**

► **Deutsche Investoren hoffen auf Stabilität des Landes.**

Finn Mayer-Kuckuk
Peking

Im Fall des gestürzten chinesischen Parteibosses Bo Xilai kommen immer abenteuerlichere Details ans Licht. Bos Gattin, Gu Kailai, soll versucht haben, Kriminalbeamte der Stadt Chongqing mit Hinweis auf einen „Geheimauftrag“ des Sicherheitsministeriums in Peking von Ermittlungen abzulenken, hieß es gestern in Peking. Dabei soll sie eine Generalsuniform der chinesischen Armee getragen haben, wie die Nachrichtenagentur Reuters herausgefunden haben will.

Gu soll im November vergangenen Jahres einen britischen Staatsbürger vergiftet haben. Wenige Tage danach marschierte sie den aktuellen Entzündungen zufolge im Armeedress in eine Besprechung hochrangiger Polizeibeamter. Sie gab vor, im Auftrag des Sicherheitsministeriums den Polizeichef Wang Lijun „schützen“ zu müssen. Wang

Bo Xilai hat seinen Gegnern durch diese Aktivitäten Munition geliefert.

Sarah Kirchberger
Sinologin an der Uni Hamburg

brachte später die Ermittlungen in dem Mordfall ins Rollen. Anwesende beschreiben ihre Rede als wirr. Zudem trug sie die Uniform zu Unrecht: Gu ist Zivilistin.

Der Bericht weckt Zweifel am Geisteszustand der Beteiligten an der zunehmend pikanten Staatsaffäre – und das in einem Fall, der Auswirkungen auf den politischen Betrieb in ganz China hat. Bo Xilai war vor seinem Sturz Parteichef der im Inland gelegenen 30-Millionen-Stadt Chongqing. Er war zudem Mitglied des Politbüros, einer Gruppe von derzeit 24 Männern und einer Frau, in deren Hände die gebündelte Macht im riesenreich China liegt.

Bo hegte zuletzt offenbar sogar Ambitionen, in höchste chinesische Staatsämter aufzusteigen. Seit Beginn der Mordermittlungen befindet er sich jedoch auf Befehl der Partei an einem unbekanntem Ort unter Arrest.

Für den tiefen Fall des Bo Xilai mussten drei Dinge zusammenkommen: seine extrovertierte Persönlichkeit, Machtkämpfe in der Partei und das kriminelle Verhalten seiner Frau. Die ersten beiden Punkte haben ihm hinreichend viele Feinde eingebracht, um eine heftige Gegenreaktion zu garantieren. „Er hat seinen Geg-

nern durch seine Aktivitäten Munition geliefert“, sagt Sarah Kirchberger, Expertin für chinesische Politik an der Universität Hamburg. Die Umtriebe seiner Gattin wiederum haben ihn als Spitzenpolitiker nachhaltig unmöglich gemacht.

Bo wollte sich nie als braver Parteisoldat einordnen, sondern suchte Glanz und Popularität. Das machte seine Kollegen in der Führungsspitze neidisch. Bo soll zudem damit geprahlt haben, dass er das Zeug zum Präsidenten habe. Das wäre in jedem politischen System ein strategischer Fehler, in China kann solche Angeberei tödlich enden.

Hier verbindet sich die persönliche Dimension mit der großen Politik im Reich der Mitte. Verschiedene Gruppen kämpfen derzeit um ihren Einfluss im Staat. Im Herbst steht ein großer Parteitag an, auf dem die Spitzenämter neu verteilt werden. Bo war Vertreter des linken Flügels der Partei, der mehr Staat und weniger Privatisierungen will. Dazu passt, dass er in der Stadt Chongqing tendenziell eine Rückkehr zum Sozialismus betrieb. Seine Reformen galten unter Linken als ein mögliches Modell für die weitere Entwicklung des ganzen Landes.

Chinesische Staatsmedien weisen nun zu Recht darauf hin, dass Bo nie im offiziellen Auftrag eine Blaupause für Chinas Zukunft entwickelt hat – und dass die Entwicklungspläne ein Projekt der ganzen



CHONGQING-MODELL

Blaupause Der gestürzte KP-Chef Bo Xilai sah seine Wirtschaftspolitik als Vorbild für ganz China. Profitable Unternehmen sollen in Regierungshand bleiben, Gewinne dem Volk zugutekommen.

Aus der Traum? Mit dem Abgang Bos ist auch seine Politik in Verruf geraten. Dennoch hat das Modell Einfluss auf die langfristige Planung.

Partei sind, nicht einzelner Personen. Doch entgegen allen Beteuerungen existieren innerhalb der Partei sehr wohl verschiedene Gruppen. Die kommende Führungsgeneration wird deutlich von der Ausschaltung des populären Linksaußen Bo profitieren. Der künftige Präsident Xi Jinping ist für seinen soliden Pragmatismus bekannt.

Chinas Wirtschaftsklima ist von der Affäre gleichwohl nicht beeinträchtigt. Das bestätigen auch deutsche Firmen vor Ort. Der Chemiekonzern BASF beispielsweise

Taiwan kämpft um Freihandelsabkommen mit EU

Die chinesische Inselrepublik will die Krise in Europa für sich nutzen – und hier investieren.

Mathias Brüggmann
Taipeh

Wenn fremde Länder Investment-Konferenzen einladen, werben sie meist um mehr ausländisches Engagement in ihrer Heimat. Nicht so Taiwan: In Taipeh organisierten jetzt die EU und Taiwans Regierung eine Konferenz für mehr Investitionen des High-Tech-Staates im krisengeschüttelten Europa. Das Mutterland von Technikriesen wie iPhone-Produzent Foxconn, Handyhersteller HTC und Weltmarktgrößen in anderen Bereichen der IT- und Telekommunikationsindustrie will seine Aktivitäten in der EU ausweiten. Das von der kommunistischen Volksrepublik abgespaltene Inselreich ist der größte Investor in China, will jetzt aber stärker diversifizieren.

„Jetzt ist die richtige Zeit, nach Europa zu gehen“, da es dort nun „vernünftige Preise“ für Firmenübernahmen, Landkäufe und Beteiligungen gebe, sagt Vizewirtschaftsminister San Gee. Auch in

Deutschland sind taiwanische Unternehmen auf der Suche nach weiteren Firmen: „Wir suchen nach weiteren Möglichkeiten für Investitionen in Deutschland“, sagte Chaney Ho, Präsident des Weltmarktführers für IndustriepCs, dem Handelsblatt in Taipeh. Er sei „sehr zufrieden“ mit der Übernahme des Münchner IT-Unternehmens Dlog 2010. Nun sei es



Ein Hafenarbeiter in der taiwanischen Hafenstadt Kaohsiung: Taiwan will künftig mehr in die EU exportieren und dort investieren.

„keine Frage von Geld, sondern ob wir eine weitere uns ergänzende Firma zur Übernahme finden“.

Taiwans neues Interesse am alten Kontinent speist sich auch aus der Rivalität zum High-Tech-Konkurrenten Südkorea: „Seoul ist unser großer Wettbewerber und hat nun ein Freihandelsabkommen mit der EU. Dadurch werden sie zollfrei nach Europa liefern kön-

nen und wir nicht“, sagt Yi-cheh Chin, Generaldirektor des taiwanischen Departments of Investment Services. Die taiwanische Außenhandelsförderagentur Taira fürchtet Preisvorteile für Koreas Produkte je nach Warengruppe von „16 bis 55 Prozent“.

Taiwan will deshalb nun die schnelle Unterzeichnung eines Economic Cooperation Agreement (ECA) mit der EU erreichen. Das Abkommen soll ECA und nicht, wie üblich, Freihandelsabkommen heißen, da Taiwan von den EU-Staaten wegen des „großen Bruders“ China nicht diplomatisch anerkannt wird. Trotz der von Peking verfolgten „Ein-China-Politik“ haben die Volksrepublik und der Inselstaat ihre wirtschaftlichen und Reiseverflechtungen unter dem taiwanischen Präsidenten

Ma Ying-jeou erheblich ausgebaut.

Die EU steht einem ECA bisher skeptisch gegenüber. Sie fordert mehr Entgegenkommen bei der Zertifizierung von Auto- und Elektro-Teilen, der unfairen Ausschreibung staatlicher Aufträge sowie der Öffnung von Taiwans Agrarmärkten. Europäische Firmen vor Ort jedoch hoffen auf das ECA, sagte Roland Wein, Delegierter der deutschen Wirtschaft in Taipeh.

Taiwan hat 2011 Waren für 24 Milliarden Euro in die EU exportiert und für 16 Milliarden Euro importiert. Bisher haben Taiwans Firmen erst 2,8 Milliarden Dollar in Europa investiert, europäische dort aber bereits fast 30 Milliarden Dollar. Südkoreanische Unternehmen investierten 18 Milliarden Dollar in der EU.

EU-Handel mit Taiwan

Volumen in Mrd. Euro

— Exporte Taiwans in die EU
— Exporte der EU nach Taiwan



Handelsblatt

Quelle: Eurostat



USA-China: Zwist vor dem Gipfel in Peking

Krisenmanagement statt Dialog.

Markus Ziener
Washington

Am Donnerstag und Freitag treffen sich Spitzen der amerikanischen und chinesischen Führung in Peking zum vierten Mal zum strategischen Dialog. Doch die Begegnung in diesem Jahr ist so spannungsgeladen wie selten zuvor. Gründe gibt es mehrere: die vermutete Flucht des chinesischen Dissidenten Chen Guangcheng in die US-Botschaft in Peking, geplante amerikanische Waffenlieferungen nach Taiwan und die politischen Erschütterungen innerhalb der chinesischen KP nach dem Sturz des Traditionalisten Bo Xilai.

Seit Tagen sind amerikanische Unterhändler fieberhaft darum bemüht, die Causa Chen zu entschärfen. Der Unterstaatssekretär im Außenamt, Kurt Campbell, kümmert sich jetzt persönlich um den Fall. Denn sollte sich der blinde

Menschenrechtler tatsächlich in der Obhut amerikanischer Diplomaten befinden, dürfte es schwierig werden, eine für Peking gesichtswahrende Lösung zu finden. Bereits vor wenigen Monaten hatte sich der Polizeichef von Chongqing, Wang Lijun, kurzzeitig in die US-Vertretung geflüchtet. Der amerikanische Präsident Barack Obama äußerte sich bislang zwar nicht zu dem Vorfall. Ganz allgemein jedoch sagte er am Montag, dass „bei jedem Treffen mit China das Thema der Menschenrechte eine Rolle spielt“. Dies wurde als

Warnung an China verstanden.

Darauf, dass sich die Atmosphäre zwischen den USA und China geändert haben könnte, deutet aber die mögliche Lieferung von F-16-Kampffjets an Taiwan hin. Noch im September 2011 hatte Washington nicht dem taiwanesischen Wunsch nach Lieferung entsprochen - um das Verhältnis zu Peking nicht zu belasten.

Ein gutes halbes Jahr später indes hat sich der Wind gedreht. Ende letzter Woche wurde ein Brief des Weißen Hauses bekannt, in dem „ernsthaft“ über den Verkauf von F-16-Jets nachgedacht wird. China verfüge über 2300 Kampffjets, Taiwan aber nur über 490, heißt es in dem Schreiben an den republikanischen Senator John Cornyn aus Texas. Dabei sind die USA und China als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats derzeit bei einer Reihe von heiklen Themen auf Kooperation angewiesen. Diese reichen vom Umgang mit Syrien über Iran bis hin zu Nordkorea.

Die politische Großwetterlage könnte nun auch erhoffte ökonomische Fortschritte der Gespräche gefährden. So existierte die Erwartung, dass China seinen Markt stärker für US-Firmen öffnen könnte - insbesondere für amerikanische Bank- und Finanzdienstleister. Erst kürzlich hatte Chinas Premier Wen Jiabao mehr Konkurrenz im Bankensektor gefordert. Dies wurde als Einladung an ausländische Investoren verstanden.

Schwergewichte

Außenhandel China/USA
Volumen in Mrd. US\$



Handelsblatt Quelle: Thomson Reuters

Moody's: Olympia hilft britischer Wirtschaft nur kurzzeitig

Die Ratingagentur Moody's rechnet nur mit einem kurzzeitigen Auftrieb der britischen Wirtschaft durch die Olympischen Spiele in diesem Sommer. Es sei nicht zu erwarten, dass die Sportveranstaltung die Konjunktur nachhaltig ankurbele, teilte Moody's mit. Die Olympischen Spiele würden zu höheren Besucherzahlen führen und dem Tourismus auf die Sprünge helfen, jedoch weit weniger als erwartet. Reuters

Ashton: Birma enttäuscht über EU-Sanktionspolitik

Birma ist nach Angaben der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton enttäuscht, dass die EU ihre Sanktionen gegen die ehemalige Militärdiktatur nur ausgesetzt und nicht aufgehoben hat. Das hätten Regierungsvertreter bei ihren jüngsten Gesprächen in der Hauptstadt Naypyidaw deutlich gemacht, sagte Ashton am Dienstag nach ihrer Rückkehr aus Birma in Bangkok. dpa

ISRAEL

Ex-Außenministerin Livni legt Mandat als Abgeordnete nieder

Die frühere israelische Außenministerin Tzipi Livni hat gestern ihr Abgeordnetenmandat niedergelegt und damit Spekulationen genährt, eine neue Karriere in einer anderen Partei anzustreben. Livni war im März vom früheren Verteidigungsminister Schaul Mofas als Vorsitzende der liberalen Kadima-Partei gestürzt worden. Sie kündigte nach der Einreichung ihres Rücktritts vor Journalisten in Jerusalem an, sich weiter politisch zu engagieren. Israel brauche dringend eine dauerhafte Lösung im Umgang mit der arabischen Welt und den Palästinensern, zu dem die derzeit regierende Likud-Partei und ihre Verbündeten nicht fähig seien, sagte Livni. „Israel lebt auf einem Vulkan.“ Die Existenz eines jüdischen und demokratischen Staates sei ernsthaft in Gefahr, warnte die frühere israelische Außenministerin eindringlich. Reuters



Tzipi Livni

Der frühere hohe Funktionär Bo Xilai und seine Frau Gu: Sie soll in einem Mord an einem Briten verstrickt sein.

hat an Bos früherem Wirkungsort Chongqing eine knappe Milliarde Euro in eine Fabrik für Kunststoffschäum investiert. „BASF hat sich aus wirtschaftlichen Gründen für Chongqing entschieden. Am Zeitplan für den Aufbau unseres Werkes in Chongqing ändert sich nichts“, sagte ein Sprecher des Unternehmens.

19. Handelsblatt Jahrestagung, „Immobilienwirtschaft 2012“, 18. und 19. Juni 2012, The Ritz-Carlton Berlin

Wie lange hält der positive Immobilientrend an?

Diskutieren Sie mit und bringen Sie sich in Stellung für Ihr nächstes Investment:

- ▶ Wird es mit Blick auf die Finanzierung bald eine Zweiteilung des Marktes geben?
- ▶ Wo gibt es Renditeeinbußen durch überhöhte Preise?
- ▶ Wie geht der Markt mit dem Thema Fremdfinanzierung um?
- ▶ Was bewegt die Anleger derzeit?
- ▶ Wie verändert die Energiewende die Planung, den Bau und das Betreiben von Immobilien?

Das Top-Event für Entscheider der Immobilienbranche



Weitere Informationen im Internet:
www.immobiliens-forum.com



Barbara Esser, Info-Telefon: 02 11.96 86 - 35 35



Konzeption und Organisation:
EUROFORUM
Quality in Business Immobilien

Handelsblatt
Substanz entscheidet.